




 **Klimanotstand:** Im November 2019 rief das Europäische Parlament den Klimanotstand aus und forderte, dass die EU-Mitgliedstaaten bis 2050 klimaneutral werden sollen. Im Juni 2021 stimmte das Parlament dem EU-Klimagesetz zu, welches dieses Ziel gesetzlich festschreibt.

 **Verbrenner-Aus:** Als Teil des Grünen Deals stimmte das Europäische Parlament im Februar 2023 für strengere Abgasnormen für Autos: Unter anderem sollen ab 2035 keine neuen Autos mit Verbrenner-Motoren mehr zugelassen werden.


 **Anti-Greenwashing:** Im September 2023 einigten sich das Parlament und der Rat darauf, Greenwashing zu verbieten. So wird es Unternehmen verboten zu behaupten, ihre Produkte seien nachhaltig, wenn diese Aussage nicht bewiesen ist.


 **Recht auf Abschalten:** Im Januar 2021 forderte das Parlament ein Recht auf Abschalten, um Arbeitnehmer*innen davor zu schützen, außerhalb ihrer Arbeitszeit erreichbar sein zu müssen. Die Kommission erarbeitet aktuell einen Gesetzesvorschlag, um dieser Initiative des Parlaments nachzukommen.

 **Standards für Mindestlohn in der EU:** Im September 2022 stimmte das Parlament für die Einführung eines Mindeststandards für Mindestlöhne in der EU - diese müssen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.


 **Verstärkte Jugendgarantie:** Im Rahmen der Corona-Pandemie hat die EU ihre Jugendgarantie verstärkt. Diese hat als Ziel, dass alle arbeitslosen Unter-30-Jährigen innerhalb von vier Monaten eine Beschäftigung, eine Weiterbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum finden.


 **Verbraucherschutz vor Tech-Riesen:** Im Juli 2022 stimmte das Parlament für Gesetz über digitale Märkte, welches die Marktmacht von großen Internetunternehmen einschränkt. So werden Messenger-Dienste wie WhatsApp und Signal Nachrichten an andere Messenger möglich machen müssen.

 **Kabelsalat adé:** Im Oktober 2022 stimmte das Parlament für die Einführung von USB-C-Ladegeräten als europaweit geltender Standard für Elektro-Geräte.

 **Regelungen für Künstliche Intelligenz:** Im Dezember 2023 einigten sich das Parlament und der Rat auf den "AI Act", der Regeln für die Nutzung von künstlicher Intelligenz einführt und Unternehmen zu Transparenz verpflichtet.

 **Menschenrechte in der Migrationspolitik:** Im Mai 2021 stimmt das Europäische Parlament für einen Bericht an, der die Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Menschenrechte in ihren Beziehungen zu Menschen aus Drittstaaten auffordert.

 **Blaue Karte:** Im September 2021 stimmen die Europa-Abgeordneten für die Einführung einer blauen Karte, welche es hochqualifizierten Personen aus Nicht-EU-Ländern erleichtert, eine Arbeit in der EU aufzunehmen.

 **Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine:** Das Parlament hat in mehreren Entscheidungen die Finanzierung von Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine ermöglicht und die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, die Rechte von Kindern besonders zu schützen.